



WAS BEDEUTET MEINE STIMME FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG UND PRÄVENTIONSARBEIT?

NRW WÄHLT(E)

PRÄVENTIONSRELEVANTE INHALTE IM WAHLKAMPF ZUR NRW-LANDTAGSWAHL

CDU



**Freie
Demokraten
FDP**



*Dokumentation der Instagram-Postings „Wahlprogramme im ExPO-Check“ zu den Themen:
Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus, digitale Medien, Repression, Prävention*

Da gerade in der Landespolitik wichtige Entscheidungen im Bereich der Präventions- und politischen Bildungsarbeit getroffen werden, haben wir uns in der Woche vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (15.05.2022) die Wahlprogramme der Parteien vorgenommen und dahingehend untersucht, welche Forderungen und Schwerpunkte sie in Bezug zur Präventionsarbeit im Allgemeinen und zu den Handlungsfeldern des ExPO-Projekts im Besonderen vertreten.

Zielgruppenorientiert geschah die Veröffentlichung unserer Ergebnisse in Form kleiner Analysen auf Instagram, sodass die einzelnen Standpunkte stets recht knapp zusammengefasst oder zitiert wurden.

In dem vorliegenden Text möchten wir die damaligen Kurztexpte nun abschließend dokumentieren, da es in unseren Augen auch künftig relevant ist, die Gemeinsamkeiten und Differenzen der Parteien in den Themengebieten Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus, digitale Medien, Repression und Prävention im Blick zu behalten. Doch wieso lohnt es, Wahlprogramme zu analysieren und weshalb denken wir, dass es sich sogar nach einer Wahl lohnt, die Forderungen und Positionierungen der Parteien in Augenschein zu nehmen? Zwar scheint es gelegentlich, als würden Wahlkämpfe auch in der Bundesrepublik immer personenzentrierter geführt, doch eigentlich sind sie im demokratischen Sinne Primetime: Jener Moment, indem der politische Wettstreit um Positionen am offensten geführt und von den Wähler*innen durch ihre Stimmabgabe am unmittelbarsten beeinflusst werden kann.

In der Politikwissenschaft sind Wahlprogramme daher oftmals erste Ansatzpunkte, für Parteienanalysen¹ in einzelnen Politikfeldern.

Nicht nur, weil sich in ihnen direkte und klar formulierte Forderungen finden, sondern auch, weil aus ihnen oftmals die Auseinandersetzung der Parteien mit gesellschaftlichen Trends und Diskursen abzulesen ist.

Welche Interessen verfolgen die Parteien selbst? Inwiefern reagieren sie auf aktuelle Ereignisse oder Problembereiche? Welche gesellschaftlichen Leitbilder bzw. normative Konzepte sind erkennbar? Inwiefern verwenden bzw. beschäftigen sie sich (kritisch) mit Begriffen im jeweiligen Politikfeld? Welches (implizite) Verständnis von Radikalität bzw. Extremismus haben die Parteien, was thematisieren sie und was nicht?

Diese Fragen waren leitend für unsere Ausführungen², die im Folgenden nach den oben genannten Themen gegliedert sind.

1 Pappi, Frankz Urban; Seher, Nicole Michaela; Kurella, Anna-Sophie (2013): Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien
Schüßler, Jördis (o.J.): Extremismusbekämpfung – Ein Thema in Wahlprogrammen?

2 Transparenzhinweis

Die Auswahl der zitierten Stellen ist selektiv - es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit! Wir beschränken uns auf jene Parteien, die aktuell im Landtag sitzen und nach derzeitigen Umfragen wieder einziehen werden. Die Reihenfolge der Nennung bezieht sich auf das Ergebnis der letzten Landtagswahl 2017.

RECHTSEXTREMISMUS

CDU

Die einzige explizite Nennung des Begriffs „Rechtsextremismus“ im Wahlprogramm findet sich bei der Forderung, eine Datei zu „gewaltorientierten Linksextremismus nach dem Vorbild der bestehenden Verbunddateien zum Antiterror und Rechtsextremismus“ einzuführen. Ansonsten wird generalisierend von „Gegnern der Freiheit“ – „von rechts, von links, von Islamisten“ – gesprochen, die „unsere gesellschaftliche Mitte angreifen“. Ihnen will die CDU gleichermaßen den Kampf ansagen.

SPD

Bei der SPD kommt das Wort „Rechtsextremismus“ elf Mal vor und wird vorwiegend im Zusammenhang mit den übergeordneten Themen der Demokratiestärkung und der inneren Sicherheit erwähnt. Rechtsextremismus nimmt dabei im Themenfeld „Extremismus, Radikalisierung und Prävention“ eine hervorgehobene Stellung ein. Die Partei sieht in ihm die „größte Gefahr für die Demokratie“ und wertet die Gleichsetzung unterschiedlicher Extremismusformen ausdrücklich als eine „Verharmlosung“ der rechtsextremistischen Bedrohung. Als wichtige Tendenz der letzten Jahre wird der Versuch von rechtsextremistischen Akteur*innen gewertet, menschenverachtende Äußerungen „als demokratisch legitimierte politische Position zu tarnen“. Handlungsbedarf bzgl. des Themas sieht die Partei auch, wie sie betont, bei „einer kleinen Minderheit“ der Polizei.

FDP

Der Begriff „Rechtsextremismus“ findet im Wahlprogramm der FDP nur ein einziges Mal explizit Erwähnung und zwar im Zusammenhang mit dem Phänomen im öffentlichen Dienst. Die Partei will dort „wissenschaftliche Untersuchungen, um mögliche Ursachen besser zu erkennen und zu verhindern“ unterstützen. Die Liberalen grenzen sich grundsätzlich gegen „jede Form von rechtem, linkem und religiösem Extremismus ab“ - einen Schwerpunkt auf einen bestimmten Phänomenbereich legt die Partei nicht, sie wollen alle Formen bekämpfen.

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Im Programm der Grünen wird einundzwanzig Mal der Begriff „Rechtsextremismus“ verwendet. Dabei sieht die Partei in ihm eindeutig „die größte Gefahr für unsere Gesellschaft.“ Die Grünen möchten einen „Vertrag für die Demokratie“ schließen und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft „gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ kämpfen. Die Partei hat darüber hinaus rechtsextremistische und menschenfeindliche Einstellungen in Sicherheitsbehörden und Institutionen des Landes im Blick und will dahingehende „Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln“. Eine wissenschaftliche Studie „zu rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW“ soll dahingehend den Handlungsbedarf evaluieren.

AfD

Die AfD verwendet kein Mal den Begriff „Rechtsextremismus“ - nirgends im Wahlprogramm wird auf das Phänomen der extremen Rechten eingegangen.

ExPO-Check

- Mit Ausnahme der AfD behandeln alle Parteien den Phänomenbereich Rechtsextremismus.
- Dabei verorten CDU und FDP ihn genereller im Spektrum eines dreigliedrigen Extremismus, der Demokratie und die „Mitte“ der Gesellschaft gleichermaßen bedrohe. SPD und Grüne erkennen dagegen im Rechtsextremismus eine herausgehobene Gefahr und gehen deshalb dezidierter auf den Phänomenbereich ein.
- Die Wertung und Problematisierung orientiert sich dabei oftmals abhängig vom eigenen (sicherheits-) politischen Standpunkt.
- Dass die AfD das Thema gänzlich ausklammert, mag an ihrer unklaren Linie im Umgang mit gerichtsfest als rechtsextrem eingestuften Parteimitgliedern und -flügeln begründet sein - seit März 2022 gilt die gesamte Partei als „rechtsextremer Verdachtsfall“.
- Mit Blick auf Anschläge, Übergriffe und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen ist eine stärkere Fokussierung auf diesen Phänomenbereich nachvollziehbar und geboten.

ISLAMISMUS

CDU

Die CDU bespricht das Phänomen des „Islamismus“ an drei Stellen – jeweils im Kontext des Dreiklangs des „Extremismus von rechts, von links, von Islamisten“ – mit besonderem Fokus auf innere Sicherheit. Die einzige explizite Forderung zum Thema ist, „islamistische Hassprediger, Gefährder und Straftäter schnell und konsequent“ auszuweisen. Der Aufbau einer islamischtheologischen Fakultät in Münster soll gefördert werden, um Imame und Religionslehrer auszubilden, „die die Werte des Grundgesetzes leben und unabhängig von ausländischen Regierungen sind“.

SPD

Im Vergleich zum Rechtsextremismus nimmt der Islamismus eine untergeordnete Rolle im Programm der SPD ein. „Islamismus“ wird ein und „religiöser Extremismus“ zwei Mal erwähnt. Die vorhandenen „Wegweiser“-Beratungsstellen gegen islamistische Radikalisierung sollen ihren Arbeitsschwerpunkt erweitern und „ergänzend zu den guten Angeboten der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und den Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu Präventionszentren ausgebaut werden“.

FDP

Die Phänomene „Islamismus“ und „Salafismus“ tauchen im Wortlaut im Programm der FDP nicht auf. Lediglich in zwei Fällen spricht die Partei von Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, islamistischer Extremisten bzw. religiösem Extremismus. Dabei werden die Begriffe vorwiegend im Zusammenhang mit der Sicherheitsarchitektur des Landes erwähnt – im „Kampf gegen Terror und Extremismus“ und im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes.

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Der Begriff „Islamismus“ findet eine explizite Erwähnung im Programm der Grünen, synonym verwendet die Partei drei Mal „Salafismus“ und zwei Mal „Jihadismus“. Dabei wird eine weiterhin „ernstzunehmende Gefahr durch salafistische und jihadistische Netzwerke“ für unsere Gesellschaft attestiert und in der Präventionsarbeit gegen islamistische Bestrebungen „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ erkannt. Das von ihnen etablierte „Handlungskonzept gegen gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus“ will die Partei ausbauen und weiterentwickeln.

AfD

Der Begriff „Islamismus“ findet sich nur ein Mal im Wahlprogramm, auf gleich sechs Seiten wird jedoch pauschal das Thema „Islam“ in einem eigenen Kapitel behandelt. Mal bezeichnet als „politischer Islam“, im Kontext „arabisch-islamischer Grundwerte“, oder es wird von „Kindern aus muslimischen Elternhäusern“ geschrieben, die „dem Zugriff radikaler Ideologen“ unterlägen. Die AfD hält es grundsätzlich für „nicht wünschenswert“, dass sich der Anteil der Bevölkerung „muslimischen Glaubens“ weiter erhöht, dem wolle man „politisch entgegenwirken“.

ExPO-Check

- Bei CDU und FDP ist ein erkennbarer Fokus auf innere Sicherheit und Terrorismus festzustellen, zumeist als Teil einer allgemeinen „Extremismus“-Bekämpfung.
- Bei SPD und Grünen finden sich eher Bezüge zu Beratungs- und Präventionskonzepten. Grundsätzlich spielt der Islamismus bei ihnen jedoch eine geringere Rolle als der Kampf gegen Rechtsextremismus. Gründe hierfür liegen wohl in der Verschiebung gesellschaftlicher Debatten in den letzten Jahren, die rechte Anschläge und Mobilisierungen stärker in den öffentlichen und politischen Fokus rückten.
- Vor diesem Hintergrund ist es jedoch wichtig, nicht außer Acht zu lassen, dass das Problem des Islamismus weiterhin besteht und man entsprechende Entwicklungen im Blick behalten sollte.
- Bei der AfD findet sich keine differenzierende Auseinandersetzung mit dem Thema Islamismus, sondern ein generalisierender und (ab)wertender Blick auf den Islam.

RASSISMUS & GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

CDU

„Rassismus“ als gesellschaftliches Problem findet drei Mal wörtliche Erwähnung bei der CDU, Antisemitismus vier Mal. Verbreiter von „Hass, Rassismus und Antisemitismus“ dürften im Internet nicht „auf digitale Anonymität hoffen“. Durch die Erfassung von „Hassgewalt-Delikten“ in der Kriminalitätsstatistik verspricht sich die CDU „eine bessere Prävention gegen Antisemitismus, Rassismus, Queer-Feindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Die Landeszentrale für politische Bildung soll gestärkt werden, um „Populismus, Rassismus, Extremismus und Antisemitismus“ den Boden zu entziehen, die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten soll ausgebaut werden. In der Landesverwaltung und im öffentlichen Dienst will die CDU „die Antidiskriminierungsarbeit voranbringen“.

SPD

„Rassismus“ wird zehn Mal im Parteiprogramm der SPD angeführt. Die verschiedenen Formen der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, namentlich „Antiziganismus“, Antisemitismus und Rassismus sowie rechte Gewalt werden als „eine zunehmende Bedrohung für das gute Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-Westfalen“ problematisiert. Aus der siebenmaligen Erwähnung von Antisemitismus ergibt sich ein weiterer Fokus der Partei, ebenso beim Ziel der Diskriminierungsbekämpfung. Um NRW zu einem „diskriminierungsfreiem Land“ zu machen, soll ein Antidiskriminierungsgesetz etabliert und eine Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene eingerichtet werden. „Netzwerkartig“ soll diese beraten, forschen und vor allem „öffentlichkeitswirksam tätig sein“. Da „diskriminierende und rassistische Handlungen“ auf „der kommunalen Ebene“ stattfinden, sollen besonders die „Kommunen die nötige beratende und finanzielle Ausstattung für die Gestaltung von Antidiskriminierungskonzepten erhalten“.

FDP

Im Programm der Partei wird in acht Fällen von „Rassismus“ gesprochen, fünfzehn Mal fällt der Begriff Diskriminierung, Sexismus wird ein Mal genannt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird zwei Mal erwähnt, Antisemitismus dreizehn Mal. Die Liberalen möchten „aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus vorgehen“, wozu die Förderung von Projekten, die sich gegen Diskriminierung jeder Art engagieren, ausgebaut werden soll. Mit mehr demokratischer Bildung und einer neuen Antidiskriminierungsstrategie sollen die bisherigen Aktivitäten des Landes „systematisiert und verstärkt“ werden. Die „politische Bildung zu Judentum und Antisemitismus“ will die FDP erweitern und eine „europäische Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus aktiv mitgestalten“. Durch die Erstellung von Dunkelfeldstudien sollen rassistisch oder antisemitisch motivierte Straftaten besser erfasst und daraus Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden können. Gegen rassistisches Verhalten innerhalb von Sicherheitsbehörden will die Partei Forschung zum Themenfeld unterstützen um „um mögliche Ursachen besser zu erkennen und zu verhindern“.

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Der Bereich Antidiskriminierung ist ein wichtiger Bestandteil im Programm der Grünen. Dies zeigt sich daran, dass einunddreißig Mal Begrifflichkeiten rund um Diskriminierung verwendet

werden, „Rassismus“ findet sich achtzehn Mal, Antisemitismus wird in drei Fällen thematisiert. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit möchten die Grünen bereits in der Bildung entgegen und dafür Schwerpunkte auf „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen, etablierte Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sollen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz sollen die Rechte von Betroffenen gestärkt werden. Eine Landesantidiskriminierungsstelle soll Aufklärungsarbeit leisten und Forschungen zu Diskriminierung veröffentlichen, um daraus Handlungsansätze für die Antidiskriminierungspolitik abzuleiten. Diskriminierungen durch Institutionen des Landes sollen dort zentral gemeldet werden können. Die Grünen möchten eine „Studie zu rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben“, Fachkräfte der Sicherheitsbehörden sollen durch verpflichtende Fortbildungen für die Thematik sensibilisiert werden.

AfD

An keiner Stelle des Wahlprogramms der AfD wird das Thema „Rassismus“ erwähnt. Zwar sei Diskriminierung „behördlich als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und als Angriff auf die Menschenwürde zu werten und zu unterbinden“ – jenes bezieht die AfD jedoch lediglich auf Moscheen, in denen „Andersgläubige und Ungläubige“ in Aufrufen diskriminiert würden. Sechs Mal fällt der Begriff Antisemitismus, der laut AfD „neu“ aufflamme, thematisiert jedoch nur im Kontext eines „Imports“ bzw. durch die „Herkunft aus dem Islams.“ Die AfD fordert die Abschiebung straffällig gewordener Antisemiten – „soweit diese nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“.

ExPO-Check

- Alle Parteien, mit Ausnahme der AfD, beschäftigen sich in ihren Programmen mit Rassismus als gesellschaftlichem Problem.
- Oftmals geschieht dies im Kontext weiter gefasster Antidiskriminierungsstrategien und Forderungen zur Stärkung dieser, hier scheint der Fokus der Parteien durch ihr Problembewusstsein für verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägt zu sein.
- CDU, SPD und FDP legen besondere Aufmerksamkeit auf Antisemitismus. Auch die AfD greift dieses gesellschaftliche Problem auf, verortet es jedoch einseitig bei Muslim*innen.
- Außer der AfD wollen alle Parteien Diskriminierung bzw. Rassismus im öffentlichen Dienst begegnen. SPD, FDP und Grüne erwähnen hierbei expliziter auch Sicherheitsbehörden, v.a. die Polizei, die in NRW dadurch zuletzt in den Fokus geriet.

DIGITALE MEDIEN - FAKE NEWS & HATE SPEECH

CDU

Die CDU möchte mehr und besser ausgebildete „Cybercops“ auf Internetstreife schicken, um diversen Kriminalitätsformen „von Hasskriminalität über Betrugsfälle bis hin zu Straftaten im Darknet“ zu begegnen. Eine Auskunftspflicht mit gültiger Mobilfunknummer in sozialen Netzwerken und Messengern soll die Strafverfolgung erleichtern, Verbindungsdaten als „neue Fingerabdrücke“ sollen bundesweit sechs Monate gespeichert werden. „Hassgewalt-Delikte“ sollen künftig gesondert erfasst und in der Kriminalitätsstatistik ausgewiesen werden. Durch Weiterbildungen soll die Medien- und Digitalkompetenz „gerade in Zeiten von Fake News und Verschwörungsmythen“ gestärkt werden.

SPD

Die SPD sieht digitale Medien implizit als ein wichtiges Instrument, über welches „Extremistinnen und Extremisten“ versuchten, „das gesellschaftliche Klima in unserem Land zu vergiften“. Problematisch sei dies, da diese Form der Hetze eine „Vorstufe für tätliche Gewalt“ darstelle. Um die Verbreitung von menschenverachtenden Gedankengut in den digitalen Medien zu bekämpfen, möchte die SPD die Sicherheitsbehörden personell aufstocken und sie in ihrer digitalen Kompetenz stärken. Internetkonzerne sollen verpflichtet werden, „Botschaften mit menschenverachtenden und extremistischen Inhalten zügiger und energischer“ zu entfernen. Die Medienkompetenz aller Altersgruppen soll gefördert werden - z.B. mit der Weiterführung und -entwicklung des Medienkompetenzrahmens und den Medienkompetenzprojekten der Landesanstalt für Medien.

FDP

Die FDP will die Freiheit der Bürger*innen nicht „nur auf der Straße, sondern auch im Internet“ schützen, u.a. durch die Stärkung des „Cybercrimekompetenzzentrums NRW“. Durch Vermittlung von Medienkompetenz in den Klassen fünf bis zehn sollen Kindern frühzeitig zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Bestehende Projekte wie #DigitalCheckNRW und „Faktenchecker“ sollen weiterentwickelt und weiterhin gefördert werden, um der zunehmenden Verbreitung von Desinformation und Verschwörungserzählungen zu begegnen.

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Hass und Gewalt im Netz will die Partei mit Prävention und Repression gleichermaßen begegnen. Dazu soll neben einer Stärkung der Melde- und Beratungsstruktur auch die Arbeit der Sicherheitsbehörden erweitert werden. Die Partei möchte mit der „Zentral- und Ansprechstelle „Cybercrime“ eine zentrale und kompetente Strafverfolgungs-behörde gegen „Hate-Speech“ aufbauen.“ Im Bereich Fake News und Desinformationen wollen die Grünen insbesondere Schüler*innen dazu ermächtigen Falschmeldungen „zu erkennen, zu kontern und selbst als Faktenchecker*innen zu arbeiten.“ Auf dem Gebiet der Verschwörungserzählungen möchten die Grünen ein neues Beratungsangebot schaffen, „dass das Umfeld von Verschwörungsgläubigen unterstützt.“

AfD

Die AfD fordert eine „konsequente Verfolgung von Straftaten im Internet“, auf die Themenbereiche Fake News und Hate Speech geht sie jedoch nicht konkret ein. Sie beklagt „zensurähnliche Befugnisse“

privater Dienstleister und spricht sich gegen die „Abschaltung von oft langjährig aufgebauten Kanälen der neuen sozialen Medien“ aus.

ExPO-Check

- Alle Parteien behandeln in ihren Programmen digitale Themen und Strafverfolgung. Außer der AfD sehen alle Parteien Handlungsbedarf in den Bereichen Fake News und Hate Speech.
- Die CDU legt ihren Fokus auf die Strafverfolgung und -erfassung, auch die anderen Parteien fordern eine Aufstockung und Professionalisierung der Sicherheitsbehörden.
- Alle Parteien, nicht jedoch die AfD, machen sich auch für präventive Konzepte stark u.a. um Medienkompetenzen zu stärken und Betroffene zu unterstützen - SPD, FDP und Grüne jeweils akzentuierter.
- Wohl durch Erkenntnisse aus der Zeit der Corona-Pandemie spielt das Thema Verschwörungsmaschen bei allen Parteien, außer der AfD, eine Rolle.
- Die Bedeutung des Themengebiets scheinen die meisten Parteien zu erkennen, Entwicklungen und Ereignisse der letzten Jahre verdeutlichen, wie wichtig eine gesellschaftliche sowie politische Auseinandersetzung hier ist.

REPRESSION & SICHERHEITSPOLITIK

CDU

Grundsätzlich setzt die CDU in ihrem Wahlprogramm einen Hauptfokus auf „innere Sicherheit“ und eine Bekämpfung „jeder Art von Gewalt und Kriminalität“. Allen „Gegnern der Freiheit“ sagt sie den Kampf an. Generalisierend soll hierbei „extremistischen Strukturen“, welche die „gesellschaftliche Mitte von allen Seiten – von rechts, von links, von Islamisten“ angreifen, „durch Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung“ begegnet werden. Dazu gehöre ein personell ausgebauter und entbürokratisierter Verfassungsschutz, ein novilliertes Verfassungsschutzgesetz sowie modernste IT-Technik. Der Stärkung von Polizei und Justiz widmet die Partei jeweils ein ganzes Kapitel.

SPD

Die SPD will offene Haftbefehle gegen Rechtsextremist*innen konsequenter vollstrecken und Polizei und Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechts stärken, „ohne dass sie dabei ihre Bürgerorientierung aufgeben“. Das Versammlungsgesetz soll durch ein Versammlungsfreiheitsgesetz ersetzt werden, das verhindern soll, „dass Rechtsextreme die Tage zum Gedanken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft und Shoa missbrauchen und die Opfer verächtlich machen.“ Mitarbeitende in den Sicherheitsbehörden und der Justiz sollen für die Themen Rassismus, Diskriminierung und extrem rechte Einstellungen und Taten sensibilisiert werden.

FDP

Die FDP möchte „Prävention und Repression gleichsam gezielt verstärken“. Mithilfe von Dunkelstudien will die Partei „politisch motivierte Straftaten besser im Themenkomplex Extremismus, Rassismus und Antisemitismus“ erfassen und hieraus konkrete präventive Maßnahmen ableiten. Die Arbeit der gemeinsamen Sicherheitszentren von Bund und Ländern „gegen islamistischen Terrorismus, Links- und Rechtsterrorismus sowie digitale Propaganda“ soll auf den Prüfstand gestellt und verbessert werden. Auch die Arbeit und Ausbildung der Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes möchte die Partei reformieren: Sie setzt sich für „die Einführung eines „dualen Verfassungsstudiums“ mit Studieninhalten wie beispielsweise Extremismusforschung, Soziologie, Psychologie, Informationstechnologie, Geschichte, Politik und Recht ein.“

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Um mögliche Entwicklungen besser einschätzen zu können, setzt sich die Partei für einen „periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen ein.“ Zum Schutz gegen „die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen Gesellschaft“ soll der Verfassungsschutz in seiner Tätigkeit auf die Arbeit gegen gewaltbereite Bestrebungen beschränkt werden. Ein Forschungsnetzwerk soll „Strukturen und Zusammenhänge von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen“ erkennen und dokumentieren. Die Partei setzt dabei auch auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild Rechtsextremismus, „um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern.“ Ein Monitoring zu menschenfeindlichen Einstellungen soll eingeführt und „offene Haftbefehle gegen Rechtsextremisten schnell“ vollzogen werden.

AfD

Die AfD will den Verfassungsschutz reformieren, da sie sich selbst durch ihn „bespitzelt“ sieht „um politische Opposition zu erschweren“. Ihm soll verboten werden politische Parteien zu überwachen,

außer das Bundesverfassungsgericht stelle zuvor eine antidemokratische Grundausrichtung fest. An anderer Stelle fordert die Partei dann einen „engagierten Zugriff“ des Verfassungsschutzes auf das „Problem“ muslimischer Kinder, die „ideologischer Radikalisierung“ ausgesetzt sind. Ebenfalls gefordert wird das Verbot „militanter linksextremer Organisationen“, an keiner Stelle finden sich Hinweise auf ein Vorgehen gegen extrem rechte Tendenzen.

ExPO-Check

- Alle Parteien möchten die Einstellungszahlen der Sicherheitsbehörden, allen voran der Polizei erhöhen. Darüberhinaus setzen sich einige auch für eine materielle Aufrüstung ein, CDU, FDP & AfD fordern bspw. einen flächendeckenden Einsatz von sog. „Tasern“.
- Alle Parteien wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes reformieren, die gewählten Ansätze unterscheiden sich zum Teil stark. Die Grünen fordern „mehr Transparenz“, die FDP eine interdisziplinäre Ausbildung durch die Einführung eines dualen Studiums, die AfD möchte die Befugnisse der Behörde einschränken und die Beobachtung von Parteien verbieten.
- Zur Einschätzung der Gefährdungslage möchten fast alle Parteien, ergänzend zur Polizeilichen Kriminalstatistik, Dunkelfeldstudien in Auftrag geben, um daraus im Anschluss präventive Maßnahmen für bestimmte Kriminalitätsschwerpunkte abzuleiten. Die einzelnen Schwerpunkte unterscheiden sich jedoch stark von Partei zu Partei .

PRÄVENTION & POLITISCHE BILDUNG

CDU

Bestehende „gute“ Präventionskonzepte und die politische Bildung an Schulen sollen gestärkt und ausgebaut werden. Ein „kommunales Frühwarnsystem“ in der Kinder- und Jugendhilfe soll ein „Abrutschen in Extremismus“ verhindern, Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte den Umgang mit „radikalen und extremistischen Haltungen“ erproben. Das Weiterbildungsgesetz soll novelliert werden, um außerschulische Träger finanziell zu stärken. Aussteigerprogramme will die CDU ausbauen, nennt hier v.a. „junge Clanangehörige“ als Zielgruppe. Opferhilfeeinrichtungen sollen ausgebaut werden und sich „fachlich weiter qualifizieren und spezialisieren“.

SPD

Zur Stärkung der „wehrhaften Demokratie“ und „offenen und pluralen Gesellschaft“ schlägt die Partei ein Bündel von unterschiedlichen Maßnahmen vor. Mithilfe von Forschungen sollen Entwicklungen und Gefahren, v.a. aus dem rechtsextremen Spektrum, besser eingeschätzt werden können. Vielseitige Maßnahmen in der politischen Bildung (Einrichtung von Bildungsorten, Jugendaustausch, Gedenkstättenfahrten) sollen demokratische Werte stärken und eine kritische Haltung gegenüber Extremismus fördern. Hierfür sollen auch die sozialwissenschaftlichen Fächer in den Schulen gestärkt und die Landeszentrale für politische Bildung für ihre Arbeit besser ausgestattet werden. Vorhandene Programme der Präventionsarbeit und Demokratieförderung („NRWeltoffen“, „Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“) sollen ausgebaut und verstetigt und die Präventionsarbeit soll möglichst zielgruppenspezifisch gestaltet werden. Die SPD unterstützt die Pläne der Bundes-SPD, die Präventionsprojekte aus der Projektlogik loszulösen, und „hin zu einer langfristigen Unterstützung mithilfe eines Demokratiefördergesetzes“ zu entwickeln. Weitere Maßnahmen werden im „Masterplan gegen Rechtsextremismus“ erläutert, auf den sich die SPD in ihrem Programm bezieht.

FDP

Die FDP will „die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen“. Im Kampf gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit möchte die Partei mit mehr demokratischer Bildung und einer neuen Antidiskriminierungsstrategie die Arbeit im Land „systematisieren und verstärken“. Bestehende Aussteigerprogramme „insbesondere auch zur Extremismus-Prävention“ möchte die Partei festigen und fortentwickeln. Zusätzlich rückt die Partei das Thema „Frauenhass“ in den Fokus und möchte mit Präventionsangeboten für diesen Themenkomplex sensibilisieren.

Grüne (Bündnis 90 / Die Grünen)

Die Grünen wollen die Angebots- und Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus „finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern.“ Dazu zählen Opferberatung, mobile Beratung und Ausstiegsberatung. Zivilgesellschaftliche Initiativen sollen „unbürokratisch Kleinstfördersummen beantragen können.“ Das Förderprogramm „NRWeltoffen“ soll ausgeweitet werden. Das „angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus“ soll weiterentwickelt werden. Die Grünen möchten die „Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln“ und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken. Das „integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ möchte die Partei weiterentwickeln und

mit der Einrichtung „einer juristischen Beratungsstelle auf Landesebene“ die Kommunen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen.

AfD

Schule, will die AfD „ideologiefrei gestalten“, politische Bildungsarbeit bleibt im Wahlprogramm unerwähnt. Präventionsarbeit wird nur einmal namentlich genannt, im Kontext der Schaffung eines Referats beim Verfassungsschutz „zur Radikalisierungsprävention von muslimischen Kindern und Jugendlichen“.

ExPO-Check

- Alle Parteien, außer der AfD, wollen bestehende Projekte der Präventionsarbeit weiterentwickeln und stärken, setzen dabei jedoch verschiedene Schwerpunkte und werden nur selten konkret.
- Die CDU will „gute“ Projekte weiter ausbauen, legt den Fokus aber v.a. auf „kriminelle Clans“. Auch die FDP greift das Phänomen auf, hat aber auch die „Querdenker-Szene“ im Blick.
- Bei der SPD ist ein Fokus auf „Rechtsextremismus“ zu erkennen, ebenfalls bei den Grünen. Daneben geht die Partei auch auf das Phänomen der „Verschwörungsmythen“ ein.
- Im Bereich der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus werden v.a. SPD & Grüne konkret.
- Die Grünen nennen das von ihnen etablierte „ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus“, welches sie weiterentwickeln wollen.
- Die SPD sticht durch ihren Ansatz heraus, die aktuellen Wegweiser-Beratungsstellen auf sämtliche Formen des Extremismus auszuweiten und sie zu Präventionszentren auszubauen.

Die verwendeten Landtagswahlprogramme sind unter den folgenden Links zu finden:



<https://mitmachen.cdu-nrw.de/wahlprogramm>



<https://www.nrwspd.de/wahlprogramm/>



<https://www.fdp.nrw/fortschrittsprogramm>



<https://gruene-nrw.de/wahlprogramm-ltw/>



<https://afd.nrw/wahlprogramm/>

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



ÜBER UNS

ExPO beschäftigt sich mit den Themen **Rassismus, Rechtsradikalismus und Islamismus** sowie den Möglichkeiten der politischen Bildung, diesen **Phänomenen entgegenzutreten**. Das Projekt informiert über extremistische Erscheinungsformen und Strömungen mithilfe von **Workshops, Podcasts, Videos und weiteren Onlineformaten** und erarbeitet Präventionskonzepte, die in Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen umgesetzt werden.

KONTAKT

PIOTR SUDER

0175 8202624
suder@ifak-bochum.de

FREDERIEKE HUWALD

0152 54518914
huwald@ifak-bochum.de

MARKUS LÜKE

01522 2662159
lueke@ifak-bochum.de

RAPHAEL PIOTROWSKI

0163 5656507
piotrowski@ifak-bochum.de



EXPO_RUHR



EXPO_RUHR



EX-POSITION

WWW.EX-POSITION.DE



IFAK e.v.
VEREIN FÜR MULTIKULTURELLE
KINDER- UND JUGENDHILFE -
MIGRATIONARBEIT

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**